Pressemitteilung

Die Linke Osnabrück Stadt fordert klare Positionierung der CDU Osnabrück zur Petition der Seebrücke – Menschenrechte sind nicht verhandelbar!

Osnabrück, 13. Juni 2025

Die Linke Osnabrück Stadt fordert die CDU Osnabrück eindringlich dazu auf, sich zur Petition der Seebrücke Osnabrück zu positionieren und öffentlich Stellung zum Umgang der CDU/CSU mit dem Grundrecht auf Asyl zu beziehen. Adressatin der Petition ist die CDU-Kreisvorsitzende Verena Kämmerling, die nun in der Verantwortung steht, für die Osnabrücker CDU klarzumachen, ob sie den bundespolitischen Kurs ihrer Parteiführung mitträgt – oder sich davon distanziert.

Die Petition der Seebrücke reagiert auf die jüngsten Ankündigungen der CDU/CSU-Spitze, trotz eines klaren Urteils des Berliner Verwaltungsgerichts an Zurückweisungen von Schutzsuchenden an der deutschen Grenze festhalten zu wollen. Das Gericht hatte am 2. Juni 2025 festgestellt, dass diese Praxis rechtswidrig ist. Dennoch bekräftigten führende Unionspolitiker wie Friedrich Merz, Thorsten Frei und Alexander Dobrindt ihre Pläne – ein offener Affront gegen das Grundrecht auf Asyl und gegen rechtsstaatliche Prinzipien.

Christoph Erdmann, Kreissprecher von Die Linke Osnabrück Stadt, erklärt dazu:

„Wenn führende CDU-Politiker offen rechtswidrige Maßnahmen verteidigen und ein faktisches Ende des individuellen Asylrechts fordern, dann ist das nicht nur zynisch, sondern ein direkter Angriff auf das Fundament unserer Verfassung. Wir erwarten von der CDU Osnabrück – und namentlich von Frau Kämmerling – eine klare Haltung. Schweigen ist in dieser Frage ein politisches Statement – und zwar das falsche.“

Alys Leach, Kreissprecherin der Partei, ergänzt:

„Die CDU Osnabrück kann sich nicht länger wegducken. In einer Stadt, die sich Friedensstadt nennt, ist es ihre Pflicht, sich klar von der Aushöhlung menschenrechtlicher Standards durch die eigene Parteispitze zu distanzieren. Wir fordern Frau Kämmerling auf, öffentlich Stellung zu beziehen und deutlich zu machen, ob sie hinter den menschenrechtswidrigen Vorstößen ihrer Parteikollegen steht – oder auf Seiten derer, die Humanität, Rechtstaatlichkeit und das Grundrecht auf Asyl verteidigen.“

Die Seebrücke Osnabrück fordert in ihrer Petition eine Antwort auf drei zentrale Fragen:

1. Was halten Sie als Vorsitzende des CDU-Kreisverbands der Stadt Osnabrück von der Ankündigung von Friedrich Merz, am ersten Tag seiner Kanzlerschaft einen „faktischen Einreisestopp“ zu verhängen und Zurückweisungen von Schutzsuchenden an sämtlichen deutschen Grenzen durchzusetzen?
2. Wie stehen Sie zu der Absicht, die Aufnahmeprogramme für Menschen aus Afghanistan trotz bereits erteilten Einreisegenehmigungen und durchgeführten Sicherheitsüberprüfungen, einzustellen?
3. Was sagen Sie als Vertreterin einer Partei, die sich besonders für den Schutz der Familie

Die Linke Kreisverband Osnabrück- Stadt, Parkstraße 24a, 49080 Osnabrück
Der Kreisvorstand – vorstand@dielinke-os-stadt.de – 0541 7504967
Presseansprechpartner und Kreissprecher: Christoph Erdmann, Kontakt: christoph.erdmann@dielinke-os-stadt.de
www.dielinke-osnabrueck.de

Die Linke
Osnabrück Stadt

einsetzen möchte, zu der Ankündigung, den Familiennachzug für Geflüchtete mit subsidiärem Schutz für zunächst 2 Jahre auszusetzen?

Die Linke Osnabrück Stadt ruft alle Osnabrücker*innen dazu auf, die Petition der Seebrücke zu unterzeichnen und damit ein deutliches Zeichen für Solidarität, Rechtsstaatlichkeit und Mitmenschlichkeit zu setzen.

Die Petition kann hier unterzeichnet werden: www. dielinke-osnabrueck.de/aktuelles/aktuelles-bekanntmachungen-pressemitteilungen/%23c392224.

Ziel ist es, bis zum Weltflüchtlingstag am 20. Juni 2025 mindestens 5.000 Unterschriften zu sammeln. Mit jeder Stimme wird deutlich: Viele Menschen in Osnabrück wollen eine andere Politik – eine Politik, die Geflüchtete schützt statt bekämpft, die Rechte achtet statt sie auszuhöhlen und die sich ihrer historischen Verantwortung bewusst ist.

Christoph Erdmann betont abschließend:

„Die CDU muss sich entscheiden: Bleibt sie auf dem Weg der populistischen Entsolidarisierung? Oder erkennt sie an, dass Menschenrechte keine politische Verhandlungsmasse sind? Wir werden nicht aufhören, das einzufordern – hier in Osnabrück und überall.“

Für Rückfragen und weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Presseansprechpartner und Kreissprecher: Christoph Erdmann
Kontakt: christoph.erdmann@dielinke-os-stadt.de